

Tricky Basti

Raed Saleh nannte die FDP „Trickbetrüger“. Es fällt einem schwer, diesen Vorwurf zu widerlegen. Wortreich erklärte der FDP-Abgeordnete Marcel Luthé den rechtlichen Status der „Initiative Berlin braucht Tegel.“ Ansprechpartner sind laut Impressum Sebastian Czaja und Marcel Luthé. Als Adresse der Initiative wird die Dorotheenstraße 56 in 10117 Berlin angegeben, zufälliger Weise die Anschrift des FDP-Landesverbandes Berlin.

<http://www.berlin-braucht-tegel.de/impressum/>

Czaja und Luthé sitzen für die FDP im Abgeordnetenhaus. Ein Volksentscheid ist eigentlich kein anderes Mittel der Politik für Mitglieder des Parlaments. Und somit ist der Vorwurf, die FDP missbrauche das Instrument des Volksentscheids, vollkommen berechtigt. Der FDP ist das egal. Sie ist mit dem Tegel-Thema ins Abgeordnetenhaus gekommen und fährt ihre Strategie fort, ohne Rücksicht auf Verluste. Und mit Wahrheit und Klarheit nimmt man es auch nicht so genau.

Schon vor einigen Wochen wies das Öko-Institut darauf hin, dass sich in der „Amtlichen Information zum Volksentscheid“ unrichtige Angaben befinden. Heute lesen wir im Checkpoint-Newsletter des Tagesspiegels: *„Die Broschüre zum TXL-Volksentscheid ist nun auch offiziell nicht mehr aktuell: Das Öko-Institut hat eine Unterlassungserklärung der Tegel-Befürworter erwirkt, um nicht weiter als angeblicher Urheber jener 108 Millionen Euro genannt zu werden, die der Schallschutz kosten würde. Die (13 Jahre alte) Summe hatte das Institut ausdrücklich nicht selbst ermittelt. Eine aktuellere Hochrechnung lieferte gestern der Grundbesitzerverein VdGN, der drei Milliarden Euro als Minimum nennt (wobei der Verein Betroffene und Haushalte gleichsetzt, obwohl im Berliner Durchschnittshaushalt 1,7 Personen leben). Legte man die am BER kalkulierten Beträge (mit mehr Einfamilienhäusern) zugrunde, käme man laut VdGN auf 8,4 Milliarden. Bereinigt um den mutmaßlichen Fehler bleiben also rund 2 Mrd. bzw. 5 Mrd. Euro für den TXL-Schallschutz.“* So viel zum Thema, was uns Tegel bei einer Offenhaltung kosten würde.

Apropos Kosten. *„Senat erwägt rechtliche Schritte - Pro-Tegel-Bündnis hat Ryanair-Spende nicht deklariert“*, erfahren wir heute im RBB-Info-Radio.

„Die Initiative ‚Berlin braucht Tegel‘ hat von Ryanair eine Plakatspende in der Höhe von etwa 30.000 Euro angenommen – aber versäumt, diese bei der Berliner Innenverwaltung auch anzuzeigen. Das sagte Innensenator Andreas Geisel (SPD) am Donnerstag im Abgeordnetenhaus. Dem rbb sagte er: ‚Die eidesstattliche Erklärung über die Spende von Ryanair liegt nicht vor.‘ Geisel kündigte an, rechtliche Schritte gegen die Initiative einzuleiten, sollte sie die Ryanair-Spende nicht umgehend melden.“

Spenden für Volksentscheide müssen ähnlich wie Parteispenden offen gelegt werden. Im Berliner Abstimmungsgesetz steht: Spenden über mehr als 5.000 Euro müssen der Innenverwaltung ‚unverzüglich‘ gemeldet werden. Als Anfang August bekannt wurde, dass Ryanair die Tegel-Initiative mit 100 Großplakaten im Wert von rund 30.000 Euro unterstützen will, kündigten Sebastian Czaja und Marcel Luthé als Vertrauenspersonen des Bündnisses diese Unterstützung zwar bei der Innenverwaltung vorsorglich an. Doch als die Plakate in den vergangenen vier Wochen dann überall in Berlin zu sehen waren, wartete die Innenverwaltung immer noch auf die offizielle Erklärung seitens der Initiative.“

Am 4. September ermahnte die Landeswahlleiterin deshalb Czaja und Luthé schriftlich: ‚Im Hinblick auf die Werbekampagne des Unternehmens Ryanair bitte ich nunmehr um förmliche Anzeige der Sachspende (...)‘, heißt es in einem Brief, der dem rbb vorliegt. Die entsprechende Frist lief am 9. September ab.“

Am 13. September folgte eine weitere Ermahnung seitens der Innenverwaltung, die der rbb einsehen konnte: „Ich fordere Sie auf, die erforderliche Sachspendenanzeige unverzüglich nachzuholen“, heißt es darin. Doch weder bei der Innenverwaltung noch bei der Landeswahlleiterin lagen bis zum Donnerstagnachmittag die entsprechend notwendigen eidesstattlichen Erklärungen vor.“

Stattdessen liegen der Innenverwaltung aber drei eidesstattliche Erklärungen darüber vor, dass es keine Spenden über mehr als 5.000 Euro gegeben habe. ‚Sollten weiterhin Zweifel an der Richtigkeit dieser Erklärungen bestehen‘, sagte Geisel im Abgeordnetenhaus, ‚wäre die Verwaltung verpflichtet, rechtliche Schritte einzuleiten‘.“

Aus Kreisen der FDP hieß es am Donnerstag nur, man habe die Spendenerklärung fristgerecht eingebracht. Fraktionsvorsitzender Sebastian Czaja wollte sich zur Frage nicht äußern.“

Tricky Basti verscheißert die Berliner ununterbrochen. Derzeit gehen ihm noch 55 Prozent der Wähler auf den Leim, weil sie nicht verstehen wollen oder können, welch dubioses Spiel die FDP in dieser Stadt, fleißig unterstützt von Grütters-Chaos-CDU und der AfD treibt.

Man muss allerdings dem AfD-Stadtrat aus Reinickendorf, Sebastian Maack, zugutehalten, dass er zehn Plakatwände in seinem Bezirk entfernen ließ. Begründung: „Neben dem Firmennamen sei auch Logo und Werbeslogan der Fluggesellschaft Ryanair zu sehen.“ Der Versuch der FDP, gegen die Entfernung der Plakate rechtlich vorzugehen, scheiterte.

In dem InfoRadio-Bericht heißt es weiter: „Der Innen senator befürwortete am Donnerstag das Vorgehen des AfD-Stadtrats. Auf den Plakaten sei das FDP-Logo nicht zu sehen gewesen; deshalb sei es richtig, die Plakatflächen, die für den Bundestagswahlkampf vorgesehen sind, zu räumen. Ryanair hätte diese Flächen unter anderen Umständen ‚nie bekommen‘ und deshalb einen geldwerten Vorteil aus der Kampagne gezogen, sagte er. Und fügte hinzu: Er hoffe, dass die anderen Berliner Bezirke dem Reinickendorfer Vorbild folgen.“ Schwache Leistung der anderen Bezirke, dass sie dem Reinickendorfer Beispiel nicht längst gefolgt sind. Inzwischen lohnt sich allerdings der Aufwand nicht mehr, weil heute die Plakatmotive überklebt werden sollen. Das jedenfalls kündigte der Sprecher der Berliner FDP, Helmut Metzner, am Dienstag der Berliner Zeitung gegenüber an.

Ob es wirklich „nur“ 30.000 Euro waren, die Rynair für die Plakatwände bezahlen musste, ist nicht gesichert. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller nannte im Abgeordnetenhaus am Donnerstag die Summe von 100.000 Euro, die die Flächen kosten würden. Er forderte Tricky Basti auf, die Kosten für die Pro-Tegel-Initiative öffentlich zu machen. Wir erinnern uns an den Pro-Reli-Volksentscheid. Bis heute weiß niemand, wie viel Geld die Kampagne gekostet hat und was die Kirchen an Mitteln ihrer Mitglieder aus den Steuerzahlungen verpulvert haben. Es ist dringend geboten, dass bei Volksentscheiden sowohl die Befürworter, als auch die Gegner ihre Einnahmen und Ausgaben transparent machen. Es muss erkennbar sein, wer dahinter steckt. Zumindest bei Rynair weiß man das. Wie viel sich die Gesellschaft die Kampagne hat kosten lassen, werden wir wohl nie erfahren. Die Trickereien der FDP sind aber einfach widerlich.

Ed Koch

2